

Debatte : Das BSW muss links bleiben: Parteimitglieder widersprechen Sahra Wagenknecht

Ein Kommentar von [Ralf Krämer](#)

23.10.2025

In der „Welt“ fordert Sahra Wagenknecht eine „konservative oder im Ursprungssinn ‚rechte‘ Agenda“. Mitglieder ihrer eigenen Partei BSW sehen das anders. Ein Gastbeitrag

Sahra Wagenknecht beschreibt in einem Beitrag für die Zeitung [Welt](#) zurecht, dass die Frage, was „rechts“ oder „links“ konkret bedeutet, umstritten ist und sich historisch verändert hat: „Die Rechte sprach für diejenigen, die bei der Verteilung der gesellschaftlichen Besitzstände gut abgeschnitten hatten, und verteidigte deshalb das Bestehende. (...) Die Linken vertraten diejenigen, denen im Rahmen der bestehenden Ordnung die Chance auf Aufstieg und Wohlstand verwehrt blieb und die sie daher ändern wollten. Sie forderten folgerichtig gleiche Chancen und Leistungsgerechtigkeit und kämpften gegen Geburtsprivilegien und die Vererbung des sozialen Status. Die Linke stand damit anfangs an der Seite des Bürgertums und später an der der Arbeiter. (...) Gegen Ende des 20. Jahrhunderts begann sich die soziale Basis und Rolle der linken Parteien allerdings zu verändern. Aus Repräsentanten der Benachteiligten wurden Vertreter derer, die den Aufstieg bereits hinter sich hatten – der neuen akademischen Mittelschicht. Die Wählerschaft linker Parteien hat heute überdurchschnittliche Einkommen.“

Mit den letzten Sätzen – abgesehen davon, dass der letzte für die Linkspartei nicht zutrifft und auch für die SPD nur zum Teil – nimmt Sahra Wagenknecht unter der Hand eine Verschiebung vor, die im Ergebnis zur falschen Schlussfolgerung führt, „eine konservative oder im Ursprungssinn ‚rechte‘ Agenda“ sei gefragt.

Sie spricht nicht mehr davon, was „links“ bedeutet, sondern davon, was konkrete Parteien, die sich als „links“ bezeichnen oder früher bezeichnet haben, heute real an Politik betreiben. Und sie überzeichnet und verzerrt die Positionen dabei. Es ist aber so, dass es einen Begriffsinhalt von „links“ gibt, der zunächst grundsätzlich zu bestimmen ist. Und dann ergibt sich als das tatsächliche Problem, dass die früher mal und teilweise auch heute noch sich „links“ nennenden Parteien diese Bezeichnung in erheblichem Maße zu Unrecht in Anspruch nehmen, weil sie in wesentlichen Fragen Politik gegen die Interessen der Mehrheit betreiben.

Es geht um den gemeinsamen Widerstand gegen Ungerechtigkeit

Die Lösung kann daher nicht sein, den Begriff aufzugeben, sondern ihn für eine tatsächlich linke Politik zurückzugewinnen. Zudem geht es bei „links“ nicht nur um (individuelle) Chancen, wie Wagenknecht schreibt, sondern mehr noch um gemeinsamen Widerstand gegen Ungerechtigkeit und Verbesserung der

Lage der Mehrheit und benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Das BSW muss sich mit den fortschrittlichen Traditionen und Erfolgen der linken Bewegungen, die Sahra Wagenknecht selbst beschreibt, weiterhin verbinden. Schon gar nicht ist es eine Lösung, „rechts“ schönzureden.

Der italienische Philosoph und Politiktheoretiker [Norberto Bobbio](#) hat das Thema grundlegend in seinem 1994 erschienenen Buch *Rechts und Links* behandelt. Als zentrales Kriterium macht er „links“ am Prinzip der Gleichheit fest, also dass Menschen grundsätzlich gleiche Rechte und Chancen haben sollen. Wir teilen das.

Es bedeutet, dass Abweichungen von Gleichheit in einer Gesellschaft möglichst vernünftig durch gute Gründe gerechtfertigt sein sollten. Es geht also um Gerechtigkeit. Und da Freiheit ein allgemeines Bedürfnis ist, gilt das insbesondere auch für Einschränkungen der Freiheit. Persönliche Merkmale wie Hautfarbe, Geschlecht, Ethnie, politische oder religiöse oder weltanschauliche oder sexuelle Orientierungen oder bloße Tradition sind keine akzeptablen Begründungen für Ungleichbehandlung und Diskriminierung.

Staaten sollen gleichberechtigt und souverän sein

Es ist aber immer zu beachten, wie sich Bedingungen historisch entwickelt haben und welche Möglichkeiten es gibt, sie zu verändern. Die Menschheit lebt nicht in einer einheitlichen Weltgesellschaft, sondern zerfällt in viele in jeweils einzelnen Staaten organisierte Gesellschaften. Und da Politik sich wesentlich auf das Handeln von Staaten richtet, geht es darum, zum einen die gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Staaten möglichst gerecht zu gestalten, und zum anderen die Verhältnisse zwischen den Staaten in der Welt.

International bedeutet das vor allem, dass alle Staaten gleichberechtigt und souverän sein sollen, und dass sie auf die Androhung und Anwendung von Gewalt verzichten sollen. So wie es die Charta der Vereinten Nationen festschreibt. Das bedeutet Einsatz für Beendigung und Verhinderung von Kriegen durch Verhandlungen, friedlichen Interessenausgleich, gegen imperialistisches Dominanzstreben und gegen die Ausbeutung der Menschen in anderen Ländern durch die ökonomisch oder militärisch Stärkeren. Dabei sind gleiche Standards anzulegen – auch Völkerrecht ist nur Recht, wenn es für alle gleich gilt.

Heute bilden weiterhin die USA und ihre Partner bzw. Vasallen den mit Abstand stärksten und am meisten gewalttätigen imperialistischen Block auf der Erde – zu dieser Gewalt gehören auch völkerrechtswidrige Wirtschaftssanktionen. Linke internationale Politik muss sich daher vor allem gegen sie richten.

Die zentrale Ungleichheitsproblematik innerhalb der Gesellschaften ist die soziale Ungleichheit. Armut und unzureichende Einkommen trotz Arbeit auf der einen Seite stehen die Konzentration überbordenden Reichtums und politischer Macht am anderen Pol gegenüber. Ungleichheit ist nur in dem Maße gerecht, wie sie auf eigener Arbeit, Ersparnis und in gewissem Maße auf freiwilliger Übereignung der Produkte resultiert und begrenzt ist.

Linke stehen auch heute auf der Seite der Arbeitenden

Ungleichheit ist abzulehnen und muss abgebaut werden, wenn sie zu groß wird und auf Ausbeutung beruht, also der Aneignung fremder Arbeit ohne entsprechende Gegenleistung. Dies untergräbt auch die Demokratie. Heute leben wir in einem kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das im Kern auf solcher Ausbeutung und ungerechter Herrschaft beruht. Und zugespitzt stellt sich das dar in der Herrschaftsposition international agierender Finanzfonds und Großkonzerne, insb. der Digitalwirtschaft.

Linke stehen daher auch heute auf der Seite der Arbeitenden und der sozial Benachteiligten und kämpfen für deren Interessen, gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen die Herrschaft der großen Konzerne und des Finanzkapitals. Sie stehen in diesen Kämpfen an der Seite der Gewerkschaften, die die unmittelbaren Organisationen der arbeitenden Klasse für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen sind – unabhängig davon, wie ihre Führungen sich zu anderen politischen Fragen stellen.

Linke treten ein für Humanismus, Aufklärung und Meinungsfreiheit. Sie verteidigen die Demokratie, den Sozialstaat und den Rechtsstaat und wollen sie stärken. Das alles ist auch Programm des BSW und muss es weiterhin sein. Unabhängig davon, ob und wie andere Parteien und Kräfte den Begriff „links“ verhunzen. Auch Menschen, die in dem Sinne „konservativ“ sind, dass sie positive Traditionen, Kultur und Werte bewahren wollen, sind damit angesprochen.

Linke treten ein für Humanismus, Aufklärung und Meinungsfreiheit

„Rechts“ steht dagegen für die Aufrechterhaltung überkommener Herrschaftsverhältnisse, für den Schutz von Privilegien, Ausbeutung und Unterdrückung von Minderheiten. Rechte stehen gegen den Sozialstaat und die Gewerkschaften, für soziale und (un)menschliche Kälte und einen autoritären Staat, der abweichende Meinungen unterdrückt (wie Trump in den USA), für Militarismus und Gewalt gegen unerwünschte Gruppen und Staaten. Das lehnt das BSW ab und muss es ablehnen.

Es geht also nicht um eine irgendwie „rechte“ Agenda, die notwendig wäre, sondern um eine erneuerte und tatsächlich linke Agenda. Und darum deutlich zu machen, was „links“ tatsächlich bedeutet und dass SPD, Grüne und Linkspartei den Begriff fälschlich für sich beanspruchen. Diejenigen, die im echten Sinne für linke Politik eintreten, für soziale Gerechtigkeit und Frieden, in Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen, Kirchen, Friedensbewegung, auch in anderen Parteien, haben das BSW als Verbündeten.

F

Unterzeichnet von Hans-Henning Adler, Sibel Duyar Aydinli, Hans Decruppe, Jürgen Finke, Jonas Höpken, Wolfgang Kämmerer, Lydia Krüger, Gerrit Krull, Jutta Matuschek, Karl-Heinz Schmidt, Anton Salzbrunn, Manfred Steglich, Felix Weiland, Michael Wiese, Rolf Staudt, Markus Widera. Alle sind aktive Mitglieder des BSW, mehrere mit kommunalen Mandaten und/oder Parteifunktionen.

Ralf Krämer ist seit Januar 2024 Mitglied des BSW. Zuvor war er bis 2022 aktiv und auch in Funktionen in der Linkspartei und 2004 einer der Initiatoren der WASG - Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Er lebt in Berlin und arbeitet als Gewerkschaftssekretär zu Wirtschafts- und Finanzpolitik.